

## AKTUELL

UMGEHUNGSTRASSE BASCHARAGE

# Freie Fahrt

María Elorza Saralegui

**Weder sind die Luftverschmutzungswerte in den letzten Jahren überschritten worden, noch liegen die Ergebnisse zweier öffentlicher Befragungen vor: Die Regierung hat eine umstrittene Umgehungsstraße im Südwesten des Landes trotzdem genehmigt.**

Die Umgehungsstraße zwischen Bascharage und Sanem hat grünes Licht erhalten. Zuletzt war im vergangenen September ein Alternativvorschlag für einen Tunnel, der den Wald weniger beeinträchtigen sollte, verworfen worden (woxx 1754). Am 15. März letzter Woche genehmigte der Umweltminister Serge Wilmes (CSV) nun die schlussendlich oberirdische und entlang der Zugstrecke führende Straße. Sollte die Straßenbauverwaltung die Genehmigung ihrerseits veröffentlichen, beginnt das Projekt. Drei Umweltorganisationen schlagen deswegen Alarm: In dem Fall könne der Bau nur noch durch eine Klage vor dem Verwaltungsgericht verhindert werden.

Laut drei NGOs – der Biergerinitiative Gemeng Suessem, der Regionale Süden des Mouvement écologique und der Sektion Sanem von Natur&Ëmwelt – liegen dabei noch zahlreiche Unregelmäßigkeiten vor. In einer Pressemitteilung vom 18. März kritisieren die NGOs den Entschluss der Regierung und warnen, sie würden juristische Wege beschreiten, um sich dem Projekt zu widersetzen. Dabei ist den Umwelt-NGOs nicht nur der Bau selbst ein Dorn im Auge.

Auch die von der Regierung vorgeschlagenen Kompensationsmaßnahmen sehen die NGOs kritisch. Demnach soll neben der Ersetzung eines Teils des Eichen-Hainbuchenwaldes, ein größerer Teil rückwirkend als Naturschutzgebiet klassiert werden – aber erst nach der Abholzung der vorhandenen Bäume. Insgesamt sollen für den Bau der Trasse etwa 9 Hektar des „Bobesch“ gefällt werden. Die Rodung betrüge dabei genauso viel wie bei der ursprünglichen Form des Projekts im Jahr 2016. Wie viele Hektar neuer Bäume gepflanzt werden sollen, wird in der Regierungsverordnung nicht präzisiert. Nach der Ausdehnung soll das Schutzgebiet laut Verordnung insgesamt bis zu 303 Hektar betragen.

Dies würde jedoch den Status des Waldes ändern und Bewertungen zu den negativen Auswirkungen der Trasse nichtig machen, so die NGOs. Denn: Vergangene Bewertungsstudien berücksichtigten die nun anerkannte „hohe Bedeutung“ des Waldes nicht, mit der jetzt eine Ausdehnung des Naturschutzgebiets begründet wird.

Zunächst „einen Großteil des betroffenen Lebensraums zerstören, um in einer zweiten Phase den mageren Rest nachträglich als Natura2000-Gebiet zu deklarieren“ sei „in totalem Widerspruch“ mit der EU-Habitatrichtlinie zum Naturschutz, warnen die Organisationen deshalb am 22. Februar in einem Brief an die EU-Kommission. Ein Naturschutzgebiet, „das die ökologischen Kriterien der Richtlinie erfüllt, kann nicht im Hinblick auf ein Straßenprojekt maßgeschneidert werden“, so die NGOs.

## Ohne Rücksicht auf Bevölkerungsmeinung

Zudem hat die Regierung zwei öffentliche Befragungen zu diesen Kompensationsmaßnahmen begonnen. Interessierte können ihre Vorschläge zu den Abholzungen und der nachträglichen Ausdehnung des Naturschutzgebietes bis zum 17. April über das „Portal des enquêtes publiques“ einreichen. Dass das Umweltministerium das Projekt jedoch schon genehmigt hat, ohne auf das Ergebnis dieser beiden Befragungen zu warten, zeige, wie wenig die Regierung auf die Meinung der Bevölkerung setze, kommentieren die NGOs das Verfahren.

Sie fordern die Ausdehnung des Naturschutzgebiets schon vor den Bauarbeiten zu genehmigen und die Prozedur erneut zu beginnen. Die Regierung solle bis dahin ihre Genehmigung zurückziehen, zumal das Projekt unberechtigt sei. Die Notwendigkeit der neuen Straße zu rechtfertigen war schon für die vergangene Regierung schwierig (woxx 1383). Ursprünglich war das Argument für den Bau der Umgehungsstraße die hohen Stickstoffoxid-Werte in Bascharage, die im Jahre 2016, in dem das Projekt in die Wege geleitet wurde, über dem europäischen Grenzwert lagen. Seit 2019 liegen die Werte jedoch darunter. Und für eine Erleichterung des Verkehrs gibt es laut den NGOs mehrere Alternativen: Entweder über schon existierende Trassen oder mit bekannten Varianten des Projektes, die den Wald weniger beeinträchtigten – allen voran der umweltfreundlicheren Null-Plus-Variante (woxx 1726).

Keine von diesen Alternativen habe die Regierung bisher anständig in Betracht gezogen, kritisieren die Organisationen. Infolge der Genehmigung hat die Oppositions-Partei Déi Lénk in Sanem diese Woche eine Resolution eingereicht, um das Projekt auf die Tagesordnung einer Gemeinderatssitzung an diesem Freitag, dem 22. März, zu setzen. Mit der Genehmigung des Umweltministeriums könnte die Abholzung des Waldes im Oktober 2024 beginnen.

## SHORT NEWS

## Le CSV place Marc Thewes à la tête du Conseil d'État

(fg) – L'avocat Marc Thewes va prendre la présidence du Conseil d'État, a annoncé le gouvernement mercredi. Membre de l'institution depuis 2015, Marc Thewes avait pris sa carte au CSV à la fin des années 1980. Il avait dirigé la jeunesse du parti, mais avait mis sa carrière politique en sourdine, après sa déconvenue aux élections communales à Luxembourg en 1993. Le juriste, spécialisé dans le contentieux, est toujours resté proche du CSV, qui lui avait confié son audit interne, présenté en janvier 2015, quelques semaines avant sa nomination au Conseil d'État. Fondateur du cabinet d'avocats Thewes et Reuter, il a, l'an dernier, défendu la ville de Luxembourg devant le tribunal administratif dans son recours contre le ministère de l'Intérieur, alors occupé par Taina Bofferding, qui avait interdit l'arrêté antimendicité. C'est encore à lui que Léon Gloden, le nouveau ministre des Affaires intérieures, a fait appel, ces dernières semaines, pour motiver l'autorisation de cette interdiction. Le site internet de son étude met aussi en avant son expertise juridique au service des multinationales et des actionnaires. Ordre et business, donc. À la tête du Conseil d'État, il remplacera le socialiste et diplomate de carrière Christophe Schiltz, qui en occupait la présidence depuis avril 2021. Ce dernier se trouve rétrogradé au poste de vice-président de l'institution, aux côtés d'Alain Kirsch, ancien boss du cabinet E&Y et proche du DP. Le poste laissé vacant par le départ de Martine Deprez aux ministères de la Santé et de la Sécurité sociale sera occupé par l'ADR Alex Penning.

## Abwasseranalyse: In Luxemburg wird viel gekifft

(ja) – Am vergangenen Mittwoch veröffentlichte die Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EMCDDA) ihren jährlichen Bericht über die Ergebnisse einer europaweiten Abwasseranalyse. In 88 Ortschaften in 24 europäischen Ländern wurde eine Woche lang Abwasser gesammelt und auf die Spuren von sechs verschiedenen Drogen untersucht. Insgesamt leben 55,6 Millionen Menschen im Einzugsgebiet der untersuchten Kläranlagen. Luxemburg ist mit den Kläranlagen-Standorten Mersch, Mamer und Böwingen vertreten. Außerdem wurden Daten aus der ganzen Welt in die Analyse einbezogen, um auch einen internationalen Vergleich zu ermöglichen. Europaweit ist ein Trend der letzten Jahre ungebrochen: Es wird immer mehr Kokain konsumiert. Neu ist hingegen, dass der Konsum von MDMA ebenso steigt. Bei Amphetamin und bei Cannabis gibt es keine eindeutigen Trends, in der Mehrzahl der Städte sinkt der Konsum von Methamphetamin. Beim Cannabiskonsum sticht Luxemburg hervor: Sowohl Mamer als auch Mersch liegen unter den Top 20 im Pro-Kopf-Verbrauch. An der Spitze der Liste liegen australische Städte, gefolgt von europäischen Orten, in denen es eine Dekriminalisierung des Konsums gibt: Rotterdam, Barcelona, Leeuwarden und Amsterdam. Bis auf Amphetamin, das nicht in Böwingen nachgewiesen werden konnte, wurden alle untersuchten Drogen in jeder der drei untersuchten luxemburger Kläranlagen gefunden.

## Steigende Unzufriedenheit

(tj) – Im Jahr 2022 war es um das Wohlbefinden der Bewohner\*innen Luxemburgs schlechter bestellt als noch im Vorjahr. Das geht aus dem „Luxembourg Index of Well-Being“ hervor, den das Statistikamt Statec am Mittwoch zum bereits vierten Mal veröffentlichte. Das allgemeine „Well-Being“ wurde anhand von 21 Kategorien ermittelt, darunter das Sicherheitsgefühl und die Zufriedenheit am Arbeitsplatz. Neben erwartbaren Tendenzen sind auch Überraschungen dabei: So etwa, dass die Unzufriedenheit mit steigendem Bildungsgrad zunimmt. Weniger überraschend: Das Wohlbefinden steigt mit zunehmendem Alter und zunehmendem Gehalt, gleichzeitig sind Haushalte finanziell durch die Energiekrise stark belastet und immer mehr Menschen von Armut betroffen. Ein eigenes Kapitel ist dem Sicherheitsgefühl gewidmet. Dieses deckt sich nicht mit der tatsächlichen Kriminalität in Luxemburg: Zwar ist letztere runtergegangen, das Unsicherheitsgefühl jedoch steigt. In der Studie wird ein Erklärungsansatz bemüht: Hinter der Angst vor Kriminalität versteckte sich häufig eine Angst vor Statusverlust sowie Zukunftsängsten angesichts von Kriegen und Klimakrise. Skandalisierende Informationen auf Social Media und in den Medien verstärkten diese Ängste zusätzlich, so die Studie. Weitere statistische Auffälligkeiten: Je niedriger das Einkommen und der Bildungsgrad, desto höher das Unsicherheitsgefühl. Frauen haben zudem mehr Angst vor Kriminalität als Männer.